

# Einstweilige Verfügung gegen die fehlerhaften Backgroundchecks beim Munitionskauf in Kalifornien<sup>1,2</sup>

**Das Gesetz hat es vielen gesetzestreuen Bürgern unmöglich gemacht, Munition zu kaufen.**

Von [David Kopel](#) | 24.04.2020

Am 23. April erließ das US-Distriktgericht für den südlichen Bezirk von Kalifornien eine [einstweilige Verfügung](#) gegen das kalifornische Gesetz zur Zuverlässigkeitsüberprüfung beim Munitionskauf. Wie das Gericht feststellte, verhindert das gescheiterte System in unzulässiger Weise rechtmäßige Käufe durch eine sehr große Zahl gesetzestreuer Bürger.

Seit 2018 verbietet Kalifornien Verbrauchern, Munition per Post zu kaufen. Im Jahr 2019 hat Kalifornien dann den Kaliforniern den Kauf von Munition in Geschäften in anderen Bundesstaaten verboten und verlangt seitdem Zuverlässigkeitsüberprüfungen für Einzelhandelsverkäufe in Kalifornien selbst. Sämtliche neuen Beschränkungen sind nun durch die einstweilige Verfügung blockiert. Einige Munitionsversandhändler haben dem Verkauf an Kalifornier Vorrang eingeräumt und noch am Abend der Urteilsverkündung mit der Ausführung von Bestellungen begonnen.

Hauptklägerin in diesem Fall ist [Kim Rhode](#), eine Skeet- und Trap-Schützin. Sie ist die einzige US-Einzelkämpferin, die bei sechs aufeinanderfolgenden Olympischen Spielen Medaillen gewonnen hat und sie ist die einzige Amerikanerin, die auf fünf verschiedenen Kontinenten olympische Medaillen gewonnen hat. (Der einzige andere Sportler mit sechs aufeinanderfolgenden olympischen Medaillen ist der italienische Rennrodler Armin Zoggler.) Zu den Klägern gehört auch die California Rifle & Pistol Association. Die Anwälte der Kläger sind Michel Associates, deren Internetseite mit allen eingereichten Unterlagen zu diesem Fall [hier](#) zu finden ist.

Heute [beantragte](#) der kalifornische Generalstaatsanwalt Becerra bei US-Bezirksrichter Roger Benitez eine Aussetzung der einstweiligen Verfügung bis zur Berufung. Heute Nachmittag [wurde der Antrag abgelehnt](#); die vollumfängliche Abwägung sämtlicher Gesichtspunkte [„balance of the equities“] sprach nicht dafür, gesetzestreue Kalifornier in verfassungswidriger Weise am Erwerb von Munition zu hindern. Der Generalstaatsanwalt [kündigte daraufhin die vorläufige Berufung](#) zum Neunten Bundesberufungsgericht an.

---

1 Alle Fußnoten wurden durch den Übersetzer eingefügt.

2 Kalifornien ist mit 40 Millionen Einwohnern der mit Abstand bevölkerungsreichste US-Bundesstaat. 12% aller Amerikaner leben hier. Auch wirtschaftlich ist es ein Schwergewicht: „Kalifornien hat im Jahr 2015 ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 2,2 Billionen Euro erarbeitet. Damit wäre der US-Bundesstaat der wirtschaftlich sechst-stärkste der Welt – wäre er nicht Teil der USA. Wichtiger aber noch: Kalifornien hat damit Frankreich überholt.“ ([https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/wirtschaft/neue-statistik-selbst-kalifornien-hat-jetzt-eine-staerkere-wirtschaft-als-frankreich\\_H1790864862\\_287519/](https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/wirtschaft/neue-statistik-selbst-kalifornien-hat-jetzt-eine-staerkere-wirtschaft-als-frankreich_H1790864862_287519/)).

In seiner Begründung erläutert Richter Benitez die Zwickmühle, die Kalifornien für jene Bürger geschaffen hat, die versuchen, Munition zu kaufen. Nach kalifornischem Recht dürfen nur kalifornische Staatsbürger Munition kaufen. Kalifornien stellt jedoch Führerscheine für „illegale Einwanderer“ (Begriff wie in den Bundesgesetzen verwendet) aus. Millionen von kalifornischen Bürgern besitzen Führerscheine, die sich nicht von den Führerscheinen illegaler Einwanderer in Kalifornien unterscheiden lassen. Daher reicht ein normaler kalifornischer Führerschein nicht aus, um Munition zu erwerben. Der kalifornische Bürger mit einem kalifornischen Führerschein muss stattdessen einen Reisepass oder eine beglaubigte Geburtsurkunde vorlegen. Die Kläger machen geltend, dass die Beschaffung einer beglaubigten Geburtsurkunde in Kalifornien bis zu 22 Wochen dauert, während die kalifornische Regierung eine Ausstellung in weniger als 8 Wochen verspricht. Ein Reisepass würde sogar noch länger dauern, da für die Beantragung in der Regel eine beglaubigte Geburtsurkunde erforderlich ist.

Es ist zu bezweifeln, dass die Verpflichtung für gesetzestreue Kalifornier, sich wochen- oder monatelang einen alternativen Identitätsnachweis zu beschaffen, durch den aufrichtigen Willen motiviert ist, zu verhindern, dass Munition in die Hände illegaler Einwanderer gerät. Da der Gesetzgeber Kalifornien zu einem Zufluchtsstaat<sup>3</sup> erklärt hat, würde ein illegaler Einwanderer, der versucht, illegal Munition zu kaufen, vermutlich nicht belangt werden.

Das Distriktgericht verwies auf die Misere von David Dodd, einem pensionierten Veteranen. Da er in jungen Jahren adoptiert wurde und den vollen Namen seines biologischen Vaters nicht kennt, kann er keine beglaubigte Geburtsurkunde erhalten. Und so hindert ihn Kalifornien daran, überhaupt Munition zu kaufen.

Sechshundertvierzigtausend Kalifornier, die offenbar im Besitz von Pässen oder beglaubigten Geburtsurkunden waren, versuchten, Munition zu erwerben. Davon wurden 188 ordnungsgemäß abgelehnt, weil in der kalifornischen Datenbank für Zuverlässigkeitsüberprüfungen disqualifizierende Merkmale gefunden wurden (z. B. Verurteilung wegen eines Verbrechens, bestimmte Vergehen, psychische Erkrankungen). Darüber hinaus wurden 101.047 rechtmäßige Antragsteller zu Unrecht geblockt.

Mit anderen Worten: 99,8 % aller Ablehnungen beim Munitionscheck waren falsch.

Viele rechtmäßige potenzielle Käufer wurden blockiert, weil sie nicht in der kalifornischen Datenbank für Waffenbesitzer eingetragen sind. Aber es gibt keine gesetzliche Vorschrift, dass eine Person in der Datenbank sein muss, um Munition zu besitzen; die kalifornische Datenbank, in der die Waffenbesitzer registriert sind, wird erzeugt indem die Aufzeichnungen der Backgroundchecks gesammelt werden; Personen, die ihre Waffen erworben haben, bevor das Registrierungssystem eingeführt wurde, sind rechtmäßige Besitzer, die

---

<sup>3</sup> Kalifornien und Illinois sind sog. „sanctuary states“, also Zufluchtsstaaten. Das bedeutet, dass die Polizei dort in der Umsetzung von Maßnahmen gegen illegale Einwanderung stark eingeschränkt ist.

nicht in der Registrierung sind. (Die Registrierung wurde 1990 für Kurz Waffen und 2014 für Langwaffen eingerichtet.)

Andere Käufer wurden abgelehnt, weil die Identifizierungsmerkmale nicht übereinstimmten, z. B. weil sie derzeit an einer anderen Adresse wohnen als beim Kauf der Waffe Jahre zuvor.

Es ist wahrscheinlich nicht richtig, ein System mit zahllosen falschen Ablehnungen lediglich als das Ergebnis von Inkompetenz zu betrachten. Seit der Gründung der Waffenkontrolllobbys in den 1970er Jahren sind sie bestrebt, dem rechtmäßigen Besitz und Gebrauch von Schusswaffen jedes nur erdenkliche Hindernis in den Weg zu legen. Wie ich kürzlich in einem Artikel<sup>4</sup> für Colorado Politics ausführlich dargelegt habe, ist das Teil einer langfristigen Strategie, um die Zahl der Waffenbesitzer zu senken. Einer der juristisch aktivsten Waffengegner, die Gifford-Organisation, versuchte, einen Amicus-Brief<sup>5</sup> zur Verteidigung des Quasi-Verbotsgesetzes für Munition einzureichen, doch Richter Benitez lehnte den Antrag ab. (Praxistipp: Berufungsgerichte sind in der Regel großzügig und haben Verfahrensregeln für die Einreichung von Amicus-Schriftsätzen; erstinstanzliche Gerichte haben selten Amicus-Regeln, und einige Richter mögen keine Amicus-Schriftsätze).

Wie der Begründung von Richter Benitez zu entnehmen ist, müssen Käufer, die zu Unrecht abgelehnt werden, ein undurchsichtiges und langwieriges Verfahren durchlaufen, um das kalifornische Justizministerium zu bitten, sie auf die Liste der Personen zu setzen, die Munition kaufen dürfen.

Das kalifornische Justizministerium hat das übliche System der Zuverlässigkeitsüberprüfung auf den Kopf gestellt und in ein System der Verweigerung auf Verdacht umgewandelt. Bei einem normalen System der Zuverlässigkeitsüberprüfung, wie dem National Instant Check System<sup>6</sup> des FBI, wird der Name des Käufers mit einer Liste gesperrter Personen (z. B. Personen mit bestimmten Vorstrafen) abgeglichen. Steht der Käufer nicht auf der Sperrliste, kann der Verkauf durchgeführt werden. In Kalifornien wird der Verkauf jedoch verweigert, es sei denn, der Käufer ist im kalifornischen Register der Waffenbesitzer eingetragen und wohnt an derselben Adresse, an der er Jahre zuvor eine Feuerwaffe erworben hat.

Als Alternative zu dem oben beschriebenen dysfunktionalen kalifornischen System kann ein angehender Munitionskäufer eine zusätzliche Gebühr für eine alternative Zuverlässigkeitsüberprüfung zahlen. 19.599 Kalifornier haben diesen Weg gewählt. Von ihnen wurden 570 ordnungsgemäß und 342 zu Unrecht abgelehnt. Von denjenigen, die eine Genehmi-

4 Kopel, David: [Our right to arms faces a death by a thousand cuts](#), in: Colorado Politics, 08.04.2020.

Die deutsche Übersetzung liegt bereits vor. Titel: „[Die Entwaffnung erfolgt in tausend kleinen Schritten](#)“.

5 Der Amicus-Brief ist eine Besonderheit des US-Rechts. Der Amicus (lat. für „Freund“) ist nicht Partei des Verfahrens. Sein Ausgang wird aber voraussichtlich auch ihn betreffen. Daher erweist er dem Gericht einen Freundschaftsdienst und stellt ihm weitere Informationen zur Verfügung. Näheres [hier](#).

6 Die Abkürzung ist NICS. Ohne Backgroundcheck ist es unmöglich in USA bei einem Händler eine Waffe zu kaufen. Es ist also falsch, wenn behauptet wird, jeder Amerikaner könnte mal eben im Walmart eine Pistole kaufen. Näheres zu NICS [hier](#).

gung erhielten, wurde ein Viertel sofort genehmigt, während der Rest ein bis drei Tage auf eine Genehmigung warten musste. Die funktionierende Prüfung kostet 19 Dollar, die nicht funktionierende nur 1 Dollar. Wenn Sie die 19 Dollar für die überwiegend funktionierende Prüfung am Montag bezahlen und die Munition am Donnerstag kaufen dürfen, sollte der Staat Sie auf die Liste der zugelassenen Käufer setzen, so dass Sie in der nächsten Woche weitere Munition kaufen und die 1-Dollar-Prüfung nutzen können. Die Regierung weigert sich jedoch, Personen, die die zusätzliche Gebühr zahlen, in die Liste der zugelassenen Käufer aufzunehmen.

Die abschreckende Wirkung des kalifornischen Systems ist gewaltig. Bevor das System eingeführt wurde, schätzte der kalifornische Staat, dass von den 4,5 Millionen Menschen, die in seinem Waffenbesitzregister eingetragen sind, etwa 3 Millionen vier bis fünf Mal im Jahr Munition kaufen würden, was zu etwa 13 Millionen Zuverlässigkeitsüberprüfungen für Munition pro Jahr führt. Die tatsächliche Zahl war weitaus geringer: etwa 630.000 in den sieben Monaten seit Inkrafttreten der Einzelhandelsbeschränkungen am 1. Juli 2019. Mit anderen Worten: Das neue kalifornische System scheint über 2 Millionen gesetzestreue Kalifornier vom Kauf von Munition abgeschreckt oder abgehalten zu haben.

Ab dem 1. Juli 2025 wird das dysfunktionale Munitionskontrollsystem auf Waffenteile ausgeweitet (California Assembly Bill 879, von Gouverneur Newsom 2019 in Kraft gesetzt), wodurch gesetzestreue Kalifornier daran gehindert werden, einen abgenutzten Lauf zu ersetzen, einen besseren Abzug zu kaufen usw.

Mit dem Erlass der einstweiligen Verfügung stellte Richter Benitez fest, dass die Kläger in der Sache eine hohe Aussicht auf Erfolg haben. Das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, schließt notwendigerweise auch das Recht ein, Munition zu erwerben, wie das Bundesberufungsgericht des neunten Bezirks und alle anderen Gerichte, die sich mit dieser Frage befasst haben, festgestellt haben.

Ein Gesetz, das in unzulässiger Weise eine große Zahl gesetzestreuere Personen am Erwerb von Munition hindert, ist nach der Methode, die der Oberste Gerichtshof<sup>7</sup> in *District of Columbia v. Heller* und *McDonald v. Chicago*, seinen beiden grundlegenden Urteilen zum Second Amendment, angewandt hat, eindeutig verfassungswidrig, so der Richter.

Anstatt die Methodik aus *Heller* und *McDonald* zu kopieren, haben die meisten Bundesberufungsgerichte, einschließlich des Neunten, einen komplizierten Test zur Interessenabwägung angewandt, wie er von [Bundesverfassungs-]Richter Breyer in seiner abweichenden Stellungnahme im *Heller*-Urteil gefordert wurde. Das kalifornische Quasi-Verbot des Munitionserwerbs scheitert nach Ansicht von Richter Benitez auch an dieser Prüfung. Da das Gesetz in der amerikanischen Geschichte völlig neu ist, kann es nicht als vermutlich verfassungskonform angesehen werden. (*Heller* sagte, dass bestimmte „seit langem bestehende“ Gesetze, wie z.B. „Auflagen und Qualifikationen“ für Waffenhändler, „vermutlich“ verfassungsgemäß seien.)

---

7 Gemeint ist der Supreme Court, also das US-Verfassungsgericht.

Ein *De-facto*-Verbot des Munitionserwerbs für gesetzestreue Bürger ist „die schwerwiegendste Belastung“<sup>8</sup> des Rechts aus dem Zweiten Verfassungszusatz. Über hunderttausend gesetzestreue Bürger damit zu belasten ist *per se* verfassungswidrig. Von den Personen, denen in einem bestimmten Monat zu Unrecht der Erwerb von Munition verweigert wird, sind nur 40-48 % in der Lage, das kalifornische Justizministerium davon zu überzeugen, dass sie später doch Munition kaufen dürfen. Selbst für diese Personen stellt die wochen- oder monatelange unrechtmäßige Verweigerung ihres Rechts auf Munitionserwerb eine erhebliche verfassungsrechtliche Beeinträchtigung dar.

Würde man stattdessen davon ausgehen, dass die Belastung relativ bescheiden ist, könnten die oft milderen Maßstäbe von Intermediate Scrutiny<sup>9</sup> gelten. Doch auch bei der Intermediate Scrutiny-Prüfung ist es dem Generalstaatsanwalt nicht gelungen, zu beweisen, dass das Gesetz so „geschneidert“ ist, dass es passabel „passt“. Im Gegenteil, die große Zahl fehlerhafter Ablehnungen zeigt, dass das Gesetz sehr schlecht geschneidert ist.

Darüber hinaus hat eine kürzlich durchgeführte Studie eines von der kalifornischen Legislative eingerichteten Forschungszentrums für Waffenkontrolle gezeigt, dass das 1991 eingeführte kalifornische Backgroundchecksystem für den Kauf von Feuerwaffen keinen erkennbaren Nutzen bei der Verringerung von Selbstmorden oder Tötungsdelikten hatte. Der Studie zufolge hatte auch die Abschaffung der Zuverlässigkeitsüberprüfungssysteme in Tennessee und Indiana keine statistisch erkennbaren negativen Auswirkungen. Alvaro Castillo Carniglia, et al., [California's Comprehensive Background Check and Misdemeanor Violence Prohibition Policies and Firearm Mortality](#), 30 Annals of Epidemiology 50 (2019).

Mit einem Wort:

„Es gibt nur eine Grundregel, die in der Bill of Rights verankert ist. Waffen und Munition in den Händen von Kriminellen, Tyrannen und Terroristen sind Gift; Waffen in den Händen von gesetzestreuen, verantwortungsbewussten Bürgern sind das Gegenmittel. Um das zentrale Recht auf Selbstverteidigung mit Leben zu erfüllen, hat jeder gesetzestreue, verantwortungsbewusste Bürger ein verfassungsmäßig geschütztes Recht, Schusswaffen *und Munition* zu besitzen und zu tragen. Kein Gesetzgeber oder eine Volksabstimmung hat die verfassungsmäßige Befugnis, einem Bürger vorzuschreiben, dass er oder sie keine gewöhnliche und gängige Munition für seine Waffen erwerben darf. Auch darf der Erwerb nicht so unangemessen erschwert werden, dass der Bürger die Hände über dem Kopf zusammenschlägt und auf sein Recht verzichtet.

---

8 Dieses wie auch die nachfolgenden wörtlichen Zitate stammt bzw. stammen aus der eingangs erwähnten und verlinkten einstweiligen Verfügung. Sie sind mit der Suchen-Funktion einfach aufzufinden.

9 Cornell Law School erklärt: „Intermediate Scrutiny ist ein Test, den die Gerichte anwenden, um die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes zu bestimmen. Intermediate Scrutiny wird nur dann angewandt, wenn ein Staat oder die Bundesregierung ein Gesetz erlässt, das sich negativ auf bestimmte geschützte Gruppen auswirkt. [...]. Um der „Intermediate Scrutiny“ standzuhalten, muss das angefochtene Gesetz: (1) ein wichtiges staatliches Interesse fördern (2) und muss dies mit Mitteln tun, die in einem wesentlichen Zusammenhang mit diesem Interesse stehen. Wie der Name schon sagt, ist Intermediate Scrutiny weniger streng als Strict Scrutiny, aber strenger als der Rational-Basis-Test.“

Quelle: [https://www.law.cornell.edu/wex/intermediate\\_scrutiny](https://www.law.cornell.edu/wex/intermediate_scrutiny).

Die Kläger haben hinreichend dargelegt, dass sie in Bezug auf den Zweiten Verfassungszusatz Aussicht auf Erfolg haben.“

Die Kläger fochten die Munitionsbeschränkungen auch unter Berufung auf die stille Handelsklausel<sup>10</sup> an, da die Beschränkungen kalifornische Anbieter gegenüber Anbietern aus anderen Bundesstaaten bevorzugen. Nichtkalifornische Munitionsverkäufer können nur an Kalifornier verkaufen, wenn sie: 1. ein Geschäft in Kalifornien eröffnen oder 2. einen kalifornischen Munitionshändler davon überzeugen, als Einzelhändler für das Produkt aus einem anderen Bundesstaat aufzutreten. Eine ähnliche Diskriminierung zwischen New Yorker Weinkellereien und solchen außerhalb des Bundesstaates wurde vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten in der Rechtssache [Granholm gegen Heald](#), 544 U.S. 460 (2005) für verfassungswidrig erklärt.

Hätte Kalifornien ein funktionierendes System für Backgroundchecks bei Munition, könnte es von Verkäufern außerhalb Kaliforniens verlangen, dass sie dasselbe Backgroundchecksystem für in Kalifornien ansässige Personen verwenden wie kalifornische Verkäufer. „Die isolationistische Belastung des zwischenstaatlichen Handels durch das kalifornische Referendum 63<sup>11</sup> scheint in diesem frühen Stadium des Rechtsstreits den Nutzen, den es erreichen soll, bei weitem zu überwiegen.“

Ein weiteres Element bei einstweiligen Verfügungen ist die irreparable Schädigung. Wie beim Ersten Verfassungszusatz stellt auch der Verlust der Rechte des Zweiten Verfassungszusatzes, und sei es auch nur für kurze Zeit, eine nicht wiedergutzumachende Schädigung dar. Tatsächlich ist „das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, die Versicherungspolice für das Recht auf Leben. Wenn eine staatliche Regelung einen Bürger daran hindert, sein Leben zu schützen, sind seine anderen verfassungsmäßigen Rechte bedeutungslos. Das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, schützt sowohl materielle als auch immaterielle Interessen, die nicht durch Schadenersatz kompensiert werden können. [...] Wenn jemand sich selbst, seine Familie oder sein Eigentum verteidigen muss, aber aus Mangel an Munition wehrlos ist, handelt es sich um die schwerste Art von irreparabilem Schaden.“

Ein dritter Faktor bei einstweiligen Verfügungen ist die Abwägung der Schäden. Das Bundesberufungsgericht für den Neunten Bezirk hat die Auffassung zurückgewiesen, dass die vorübergehende Nichtdurchsetzung eines staatlichen Gesetzes bis zur Verhandlung in der Sache eine so große Härte darstellt, dass sie den anhaltenden Schaden durch die Verweigerung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger überwiegt.

---

10 Cornell Law School erklärt: „Die stille Handelsklausel bezieht sich auf das in der Handelsklausel [der US-Verfassung] implizit enthaltene Verbot für [Bundes-]Staaten, Gesetze zu erlassen, die den zwischenstaatlichen Handel diskriminieren oder übermäßig belasten. Von besonderer Bedeutung ist hier die Verhinderung protektionistischer staatlicher Maßnahmen, die Staatsbürger oder Unternehmen auf Kosten von Nicht-Staatsbürgern begünstigen, die in diesem Staat Geschäfte machen. Quelle: [https://www.law.cornell.edu/wex/commerce\\_clause](https://www.law.cornell.edu/wex/commerce_clause).“

11 Rechtsgrundlage für den Backgroundcheck beim Munitionskauf ist ein Gesetz, das aufgrund eines Referendums im Jahr 2016, dem Proposition 63, zustande kam.

Der letzte Faktor bei einstweiligen Verfügungen ist das öffentliche Interesse. „Es liegt immer im öffentlichen Interesse, die Regierung daran zu hindern, die verfassungsmäßigen Rechte eines Bürgers zu verletzen.“ Dies gilt insbesondere dann, wenn der Schaden, den die Öffentlichkeit erleidet, darin besteht, dass ihr die notwendigen Mittel zur rechtmäßigen Verteidigung des eigenen Lebens vorenthalten werden.

In der aktuellen Pandemie „hinken die Gerichte hinterher, während sich die Polizei nur um die schwereren Straftaten kümmert. Die Aufrechterhaltung der Rechte aus dem Second Amendment ist in Zeiten wie diesen besonders wichtig. Wachsam zu sein ist sowohl in schlechten als auch in guten Zeiten notwendig, denn wenn wir diese Rechte in guten Zeiten verfallen lassen, werden sie vielleicht nie wieder rechtzeitig zurückgewonnen, um sich zu wehren, wenn die nächsten Kriminellen, Terroristen oder Tyrannen erscheinen.“

Abschließend weist Richter Benitez darauf hin, dass die einstweilige Verfügung nicht bedeutet, dass alle Zuverlässigkeitsüberprüfungen für Munitionskäufer automatisch verfassungswidrig sind. Was verfassungswidrig ist, ist das kalifornische System, das zu oft ein Verbot ausspricht:

„Wenn das Ziel des Staates darin besteht, seinen gesetzestreuern Bürgern den Erwerb geschützter Munition extrem zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen, dann scheint dieses Gesetz gut formuliert zu sein. Wenn das eigentliche Ziel jedoch darin besteht, Munition von den Händen derjenigen fernzuhalten, die sie nicht kaufen dürfen, sollte der Staat vielleicht eine Datenbank einrichten (in der auch Personen erfasst werden, denen der Erwerb untersagt ist, d. h. Ausländer, die sich unrechtmäßig im Land aufhalten, Schwerverbrecher und andere) und diese Informationen den Verkäufern einfach durch einen Abgleich mit dem Magnetstreifen eines normalen Führerscheins zur Verfügung stellen und Verkäufern außerhalb des Bundesstaates dieselben Möglichkeiten für den Handel einräumen wie kalifornischen Verkäufern.“

Die nächste Etappe dieses Falles wird die vorläufige Berufung beim Neunten Bundesberufungsgericht sein. Dort werden einige Waffenkontrollgruppen und -befürworter ihren wahren Charakter offenbaren. Anstatt den kalifornischen Gesetzgeber aufzufordern, ein funktionierendes und faires System für Backgroundchecks von Munition zu verabschieden, werden sie die Aufrechterhaltung eines grob missbräuchlichen Systems fordern, das gesetzestreuern Bürgern die Mittel verweigert, sich und ihre Familien zu verteidigen.

---

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**Preliminary injunction against dysfunctional California ammunition background checks**“ kann man hier abrufen: <https://reason.com/volokh/2020/04/24/preliminary-injunction-against-dysfunctional-california-ammunition-background-checks/>